Olaf Zimmermann - 2. Juli 2018

Kulturelle und politische Bildung: Mehr Mut zur Kooperation

Gesellschaftliche Auflösungserscheinungen können nur gemeinsam erfolgreich bekämpft werden

Die kulturelle und politische Bildung mühen sich redlich ab, in unserer Gesellschaft Wirkung zu erzielen. Hier und da sprießen Pflanzen, manchmal sind es sogar ganze Vorgärten, aber in der Fläche sind beide nicht wirklich angekommen. Manchmal ist einer alleine eben zu schwach, um umfänglich erfolgreich zu sein. Warum sich nicht öfter zusammentun, um sich gemeinsam gegen gesellschaftliche Auflösungserscheinungen in einigen Regionen des Ostens, aber nicht nur da, zu stemmen? Doch bisher verhindert ein, wie ich finde, kurioser Streit mehr Kooperation.

Wer Geschwister hat, kennt, dass es mitunter einen unnachgiebigen Streit untereinander gibt. Bei diesem Streit geht es oft um vermeintlich Kleines, was sich aber zu etwas Großem auswachsen kann und vor allem der Unterscheidung und Unterscheidbarkeit dient. Ähnlich mutet der Streit zwischen kultureller und politischer Bildung an, speziell, wenn es um den außerschulischen Bereich der Kinder- und Jugendbildung geht. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen ist die vermeintliche Zweckfreiheit der kulturellen und die Zweckbestimmung der politischen Bildung.

Werfen wir zuerst einen Blick in den Schulalltag: Sowohl im Fach Politik bzw. Gemeinschafts- oder Sozialkunde, wie es in den verschiedenen Bundesländern bezeichnet wird, als auch in den künstlerischen Schulfächern Kunst, Musik und Theater, wird ein „Zweck“ verfolgt. In den Rahmenlehrplänen sowie Curricula ist festgelegt, welche Inhalte bzw. Kompetenzen in den Fächern vermittelt werden sollen. Die genannten Schulfächer unterscheiden sich zwar mit Blick auf den Gegenstand, aber nicht hinsichtlich ihrer Vorprägung durch die Kultusministerien. Es ist richtig und gut, dass die künstlerischen Schulfächer eben nicht der „Erholung“ von anderen Disziplinen dienen, sondern selbstverständlich wie andere Fächer prüfungsrelevante Inhalte vermitteln.

Auch die außerschulische kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist nicht so zweckfrei, wie teilweise behauptet. Wer in einer Musikschule ein Instrument lernt, wer in einer Theatergruppe mitspielt, wer sich als Kind im Ballett „quält“, verfolgt ganz klar einen Zweck und das gilt auch für die entsprechenden Einrichtungen der kulturellen Bildung, die ihrem Selbstverständnis nach teilweise der Vorbereitung des künstlerischen Nachwuchses dienen, d. h. der Zweck ist klar definiert.

Auch wenn dieser Zweck außer Acht gelassen wird, ist kulturelle Bildung stets Bildung, d. h. mit ihr wird ein pädagogisches Ziel verfolgt. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür ist das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ vom Bundesministerium für

Bildung und Forschung. Das Programm dient dazu, Kindern und Jugendlichen, die einen eingeschränkten Zugang zu Bildung haben, außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung zu ermöglichen. Die Programmpartner, Verbände und Organisationen haben jeweils eigene spartenspezifische Programme entwickelt, in denen beschrieben wird, welche Maßnahmen gefördert werden können und welche nicht. Die Programmpartner ihrerseits reichen die Mittel an die Organisationen vor Ort weiter, die die Maßnahmen in einem Bündnis von mindestens drei Partnern durchführen. In der Evaluierung des Programms war eines der Kriterien, ob dieser Förderzweck erreicht wird.

Denn in den Zwecken unterscheidet sich kulturelle Bildung grundlegend von Kunst, die für sich in Anspruch nehmen kann, zweckfrei zu sein. Was nicht ausschließt, dass sich Künstler politisch positionieren und äußern. Dies kann in Form von politischen Positionierungen geschehen oder durch die Kunst selbst. Eine ganze Reihe von Künstlern der unterschiedlichen künstlerischen Sparten verstehen sich und ihre Kunst ausdrücklich als politisch. Sie wollen damit wirken und tun dies mit den Mitteln der Kunst. In diesem Schwerpunkt sind Fotos von künstlerischen Arbeiten zu sehen, mit denen die Künstler auch politische Absichten verfolgen und eine gesellschaftliche Debatte suchen. Ein Stück weit Kunst als Mittel zum Zweck.

Die politische Bildung ihrerseits verfolgt pädagogische Ziele und ist dem wichtigen Zweck verpflichtet, die Demokratie zu vermitteln. Sie ist in meinen Augen auch dazu aufgerufen, für die Demokratie zu begeistern. Das geschieht durch vielfältige Formate und mittels unterschiedlicher Akteure. Wichtige Akteure sind in diesem Feld die freien Träger, die Volkshochschulen, die Gewerkschaften, die politischen Stiftungen, Gedenkstätten, Geschichtsmuseen, die evangelischen und katholischen Akademien und viele andere mehr. Sie stehen für Trägerpluralismus und für unterschiedliche Positionen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bietet ihrerseits direkt Materialien, Seminare, Reisen, Bücher, Online-Dossiers und anderes mehr zur politischen Bildung an und ist zugleich Zuwendungsgeber für Maßnahmen der politischen Bildung.

In der Praxis gibt es zahlreiche Berührungspunkte und Schnittflächen zwischen politischer und kultureller Bildung. Zum einen nutzt die politische Bildung kulturelle Bildung als Methode. Mit Mitteln der kulturellen Bildung werden Inhalte der politischen Bildung vermittelt. Zum anderen treffen sich politische, historische und kulturelle Bildung beispielsweise in der Arbeit von Gedenkstätten oder Geschichtsmuseen. Beides sind Kulturorte, die kulturelle Bildung hat inzwischen einen festen Platz in diesen Orten und zugleich wird politisches und historisches Wissen vermittelt. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Programm „Jugend erinnert“ wird sich in genau diesem Schnittfeld bewegen müssen.

Olaf Zimmermann - 2. Juli 2018

Ganz klar unterschieden werden muss zwischen Zwecken von Bildung und politischer Ideologie. Dass sowohl Kunst, kulturelle als auch politische Bildung zu ideologischen Zwecken missbraucht werden können, ist unstreitig. In unserer jüngeren Geschichte gibt es ausreichend Beispiele – denn auch böse Menschen haben Lieder.

Wenn in unser Nachbarland Polen geblickt wird oder nach Ungarn, wird anschaulich, was es bedeutet, wenn populistische Regierungen das Sagen haben und wie massiv sie Kunst, Kultureinrichtungen, die Medien und die kulturelle Bildung beeinflussen können. Doch das hat nichts mit der politischen Bildung per se zu tun, sondern mit politischer Repression und staatlicher Beeinflussung von Kunst und Kultur. Allen Versuchen einer solchen ideologischen Vereinnahmung muss entschieden entgegengetreten und den Anfängen gewehrt werden. Ich bezweifle aber, ob der Appell an die Zweckfreiheit der kulturellen Bildung dabei tatsächlich hilft. Ich bin vielmehr der Meinung, dass es wichtig ist, für eine starke Demokratie einzutreten, die die Freiheitsräume der Kunst sichert und Diskursräume bietet, um sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

Denn eigentlich wollen die beiden Geschwister politische und kulturelle Bildung doch das Gleiche, die Menschen stark zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass sie ihre gemeinsamen Ziele in Kooperation noch besser erreichen können. Gesellschaftliche Auflösungserscheinungen können nur gemeinsam erfolgreich bekämpft werden. Der kulturellen und der politischen Bildung ist deshalb mehr Mut zur Kooperation zu wünschen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 04/2018.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat